

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsverzeichnisse

Arbeit vor allem!

F.K. Bis zu den Landtagswahlen sind es noch drei Tage. Wie immer ihr Ergebnis sein möge, sie werden wie die Reichspräsidentenwahl die Tatsache zweifelsfrei erhärten: die organisierte Arbeiterschaft hat die Republik an ihrem gefährlichsten Abgrund vorbeigeschleppt. Gewiß wurde sie dabei von einem Teil des Bürgertums unterstützt. Aber dieser war bei diesem Handgemein mit dem Leben der Republik mehr mit lauwarmem Herzen als mit ganzer Seele, fast bloß mit dem Stimmzettel, als mit der ganzen Person dabei. Es waren die Hammerschaften, die den nationalsozialistischen Janhagel im Zaum hielten; es waren Proletarier, die dafür sorgten, daß die republikanischen Redner Hörer und Redefreiheit hatten; es waren ausgemergelte Erwerbslose, die auf dem Lande wie in der Stadt, auf den Straßen wie in den Häusern das Wort der Demokratie wie den Glauben an sie verbreiteten. Der ärmste und der geplagteste Sohn der Republik war auch diesmal ihr treuester. Ihm, diesem ärmsten und geplagtesten Sohne der Republik ist es am allermeisten zu verdanken, daß die nationalsozialistische Faust noch nicht das deutsche Staatsruder umkrallt und die bisherige Ordnung noch leidlich besteht, so daß die Herren Minister noch den Staatsmann spielen, die Bürger noch ihr Geschäft betreiben, die Beamten ihr Gehalt noch beziehen und alle Schichten noch die Hoffnung haben können, schließlich doch aus dem politisch-wirtschaftlichen Sumpf herauszukommen.

Der ärmste und geplagteste Sohn hat die große, die rettende Tat getan, weil er des Glaubens ist, daß nur auf dem Wege der Demokratie und bei innerem Frieden seine himmelschreiende Not gemildert und schließlich in einer anderen Wirtschaftsordnung beseitigt werden kann. Hätten die Hammerschaften, die Gewerkschaften, die Erwerbslosen diesen Glauben nicht, sie hätten sich schwerlich der faschistischen Flut so einmütig entgegen geworfen. Dieser Glaube hat nun allerdings von der Seite des Bürgertums und seiner politischen Agentur verteuft wenig Stärkung erfahren. Es wird höchste Zeit, daß von beiden dieses Manko ausgeglichen wird, soll nicht jener Glaube, der staatsbehaltend, nicht auch bei der organisierten Arbeiterschaft erschüttert werden. Diese Mahnung kann nicht deutlich genug gemacht und nicht ernstlich genug beherzigt werden.

Denn alle die jüngsten Wahlen haben weder die großen Schwierigkeiten noch die allgemeine Unsicherheit beendet; sie haben sie günstigenfalls nur verbrämt. Das gilt insonderheit von der preussischen Wahl. Sie wird neue Schwierigkeiten bringen, und das keine geringen. Bei den Wahlen müssen immerhin die Gegensätze in offenem Felde ausgetragen werden. Die Parteien haben in aller Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen. Ihre Programme, Taten und Menschen können so geprüft, verglichen, geschätzt oder bekämpft werden. Die Demokratie heilt auch die Wunden, die sie schlägt. Die gewaltigen Vorzüge der Demokratie sind es ja gerade, was die Volksfeinde und Geschäftemacher das freie Wahlrecht verwünschen und nach einer Diktatur — durch sie selbst, versteht sich! — rufen läßt. Sie ziehen der Tätigkeit am lichten Tage den Geschäftsbetrieb bei schalldichten Türen vor. Hier können sie dann, von keinem sengenden Lichtstrahl aus der Öffentlichkeit gestört, sich gegenseitig die Hände waschen und die Geschäftchen schieben. Hierbei sieht man sich nicht gezwungen, sich mit den Sorgen und Nöten der leidenden Masse zu beschäftigen.

In den letzten Jahren hat in Deutschland eine Krise die andere abgelöst. Kaum war eine übergipst, brach die andere aus. Zuweilen gab es mehrere auf einmal. Hände und Köpfe unserer Regierer und ihrer Bürokratie waren vollauf mit der Krisenverkleisterung beschäftigt. Darob haben sie offenbar vergessen, sich mit der Grundursache aller dieser Krisen zu befassen. Wenn sie auf die Grundursache nur die Hälfte der Anstrengungen, die sie auf die Überkleisterung der Krisen verwendeten, verwandt hätten, die andere Hälfte der Anstrengungen wäre ihnen erspart geblieben.

Die Grundursache aller der Krisen, die Gefahrenquelle für Demokratie und Republik, die große Ursache des heftigen politischen Streites ist die Arbeitslosigkeit. Sie ist zur Zeit und auf Jahre hinaus das Problem der Probleme aller Politik. Ohne seine Lösung müssen immer neue politische und sonstige Krisen entstehen. Ohnedem ist die Bannung der faschistischen Gefahr kaum denkbar. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß mit der Lösung dieses Problems das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft aufs allerengste verknüpft ist — des ärmsten und geplagtesten Sohnes der Republik, der sie jetzt wieder an einem bodenlosen Abgrund vorbeigeschleppt hat. Das letztere, besonders soliten Regierung und Bürgertum um ihretwillen nicht vergessen.

Wer die staatliche Ordnung nicht abschaffen will, muß Arbeit beschaffen. Sorgt für Brot, und die politische Vernunft sorgt für sich selbst. Daß die derzeitige Regierung von solcher Binsenwahrheit viel hält, hat sie bislang unterlassen zu beweisen. Andernfalls hätte sie längst sich ernstlich mit der Beschaffung von Arbeit befaßt. Was immer die Regierung für Gründe für ihre

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes

An die Arbeiter aller Länder!

Angesichts der Weltwirtschaftskrise, die sich von Tag zu Tag verschärft und in allen Ländern mit einer Heftigkeit ohnegleichen wütet, hat der Internationale Gewerkschaftsbund, um seinen Kampf für die Arbeiterinteressen zu verstärken, eine internationale Gewerkschaftskonferenz einberufen, nicht nur um die Stellung der Arbeiterschaft gegenüber den bedrohlichen Problemen festzulegen, die die Krise aufwirft, sondern vor allem, um mit Kraft den Willen aller Gewerkschaftsorganisationen zu betonen, sich in einer gemeinsamen Aktion mit gemeinsamen Zielen zu vereinen.

Diese Konferenz wurde soeben am 16. und 17. April in Genf abgehalten und vereinigte nicht weniger als 82 Vertreter von Gewerkschaftsorganisationen aus 29 Ländern aller Erdteile. Sie war in Aussprache und Folgerungen eine eindrucksvolle Kundgebung der Einheit, die im Willen, den Wünschen und den Mitteln zum Handeln in allen Teilnehmerorganisationen besteht. Die Konferenz hat nicht nur den Forderungen und dem Aktionsprogramm des IGB einmütig zugestimmt, sondern auch ausdrücklich diese Übereinstimmung und die internationale Solidarität festgestellt durch Beauftragung des Büros der Konferenz, in ihrem Namen einen Appell an alle Arbeiter der Welt zu richten zur stärkeren Vereinigung ihrer Anstrengungen und energischeren Durchsetzung der Verwirklichung jener Arbeiterforderungen, die im Programm des IGB ihren Ausdruck finden.

Angesichts der Schwere der Krise und Arbeitslosigkeit und angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus zur Überwindung der Krise wird die Durchführung der vom organisierten Weltproletariat aufgezeigten und geforderten Lösungen immer dringender und gebieterischer.

Unter allen von der Konferenz geforderten Lösungen müssen die

**Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden,
 die Aufrechterhaltung der Löhne**

sträfliche Unterlassung haben mag, sie werden für die organisierte Arbeiterschaft kein Anlaß sein, der amtlichen Untätigkeit noch weiter in verhaltener Ruhe zuzusehen. Das ist auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß ganz unmißverständlich zum Ausdruck gekommen. Daß schärfster gewerkschaftlicher Druck vonnöten ist, machen die recht deutungsfähigen Darlegungen des Reichsarbeitsministers Stegerwald auf dem Kongreß handgreiflich. Und der gewerkschaftliche Druck ist auch in anderer Hinsicht sehr geboten.

Des Ministers Hinweis auf die Notwendigkeit der „Lohnangleichung“ — man weiß, was das heißt! — bezeugt, daß unsre Obrigkeit trotz aller üblen Erfahrung noch nicht von dem Wahne geheilt ist, mit der Lohnquetscherei das wirtschaftliche Leben bessern zu können. Solange solch kindische Vorstellung noch die Amtsstuben benebelt, bleibt die Hoffnung auf Besserung auf schwachen Füßen.

Wie die Dinge nun einmal gediehen sind, ist die Beschaffung von Arbeit nur durch die öffentliche Hand möglich. Aus ihrem Tun wird um so sicherer wirtschaftlicher Segen sprießen, je ehrlicher der Tariflohn bezahlt und die Arbeitszeit verkürzt wird. Und die Beschaffung der Geldmittel dürfte viel von ihrer Schwierigkeit verlieren, wenn im wesentlichen Arbeiten ausgeführt werden, die sich bald bezahlt machen. Hierfür scheint uns der Wohnungsbau am geeignetsten. Nicht nur wird durch ihn eine lange Reihe von Berufen befruchtet, er wirft auch eher als andere öffentliche Arbeiten eine zu Buch schlagende Rente ab, ganz abgesehen davon, daß er sich in gesundheitlicher wie sittlicher Hinsicht unermesslich segensreich auswirkt.

Aber noch ehe mit den öffentlichen Arbeiten füglich begonnen werden kann, kann eine Maßnahme durchgeführt werden, die kaum finanzielle und technische Schwierigkeiten bietet, aber höchst nützlich ist: die gesetzliche 40stündige Arbeitswoche. Sie hätte schon längst eingeführt, den Arbeitern aufgezwungen werden müssen von einer Regierung, die über den Amtsschimmel hinauszublicken vermag. Und das Unternehmertum hätte sich, wäre es nicht von allem wirtschaftlichen Verstand verlassen, an dem Zwang beteiligen müssen. Statt dessen hat man gezögert, sich gestemmt, die albernsten Geschichtchen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ausgeheckt. Die Folgen sind an der Statistik der Vollerwerbslosen, der politischen Unrast, an der alle Unternehmungslust zerstäubenden Unsicherheit und an der allgemeinen Geschäftstarke zu ermessen. Heute nun ist es soweit, daß die Tunlichkeit der Arbeitszeitverkürzung von keinem einigermaßen normalen Menschen mehr bestritten werden kann, die Frage ist nur noch, ob es nicht besser ist, gleich zum Fünftstundentag überzugehen. Um wenigstens einen Schritt vorwärts zu kommen, sollte, muß die 40stündige Arbeitswoche nun endlich Tatsache werden. Dies ist kaum weniger unerläßlich als die Arbeitsbeschaffung selbst.

Die Herren Minister haben, nachdem die Wahlen vorbei, nun Zeit, sich mit der Sache des ärmsten und geplagtesten Sohnes der Republik zu beschäftigen. In welcher Weise, braucht wohl nicht noch lang und breit gesagt zu werden: er braucht Arbeit mit dem Tariflohn und die 40stündige Arbeitswoche. Daß dabei die Tatkraft der Gewerkschaften nicht fehlen darf und nicht wird, ist selbstverständlich.

und die Steigerung der Konsumkraft der großen Massen besonders herausgehoben werden.

Im Vordergrund der sofortigen Maßnahmen muß auch ein ausgedehntes nationales und internationales Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen, das den Millionen Arbeitslosen Arbeit zu geben vermag. Eine Organisation und strenge Kontrolle der internationalen Kreditpolitik, verbunden mit einem unerbittlichen Kampf gegen die unsinnige Verschwendung für Rüstungen, muß die nötigen Mittel für die Verwirklichung der genannten Forderungen sichern.

Zugleich muß anerkannt werden, daß die Besserung der Wirtschaftslage nicht eintreten kann, solange die schweren politischen Fragen, Reparationen und internationale Schulden, keine endgültige und befriedigende Lösung gefunden haben und die verantwortlichen Staaten nicht geneigt sind, entschlossen und unter Mithilfe der Arbeiterorganisationen den Weg einer methodischen Organisation der großen Wirtschaftszweige und des internationalen Austausches zu beschreiten.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung erinnert die Konferenz alle Arbeiter der Welt daran, daß es mehr denn je die Pflicht aller Gewerkschaftsorganisationen ist, national und international die genannten Forderungen zu erstreben, ohne Rücksicht auf die besonderen und zeitlich bedingten Interessen der einen oder anderen.

Dem kapitalistischen Block muß der proletarische Block entgegengesetzt werden!

Die Parole jeder Arbeiteraktion muß lauten: Vereinigt euch in der gemeinsamen Aktion zur Verwirklichung der gemeinsamen Forderungen, die allein die jetzige Lage zu bessern vermögen!

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die großen Patrioten und ihr System

Im nationalen Blätterwald rauscht es vom Kampf gegen das „marxistische System“. Dieses sei schuld an allem Elend in unserem Vaterlande; darum müßte es von allen wahrhaft nationalen Männern bekämpft werden. Was diese „Patrioten“ unter Marxismus verstehen, das sind die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse. Diese sollen beseitigt werden, darin sind sich alle einig, von Hugenberg über Dingeldey bis Hitler. Sei dieses Ziel erreicht, dann werde auch die „Wirtschaft“ wieder in Schwung kommen, die jetzt infolge der marxistischen Mißwirtschaft daniederliege. Die Arbeiterschaft soll politisch und wirtschaftlich auf den Vorkriegsstand zurückgeworfen werden, damit die Herren im eigenen Hause wieder wie früher schalten und walten können!

Wie sehr den Krautjüngern und Schlotbaronen das — übrigens völlig unzulängliche — Eintreten des Staates für die Arbeiterschaft ein Dorn im Auge ist, geht mit voller Deutlichkeit aus einem vor kurzem erschienenen Aufsatz der Bergwerks-Zeitung hervor. Das Scharfmacherblatt schreibt über das „System“:

„Das gesamte Verhalten des Staates gegenüber der Wirtschaft seit dem Umsturz 1918 stand unter der Herrschaft des „sozialen“ Gedankens. Mit Hilfe des sozialen Staates sollte der „Kapitalismus“, das heißt praktisch die Unternehmungen der deutschen Privatwirtschaft in Stadt und Land, sozial „ausgequetscht“ werden, oder mit den Worten Coles (des englischen Gildensozialisten), es sollte das Geld aus den Taschen „der Reichen und Wohlhabenden“ in die der Armen übergeführt werden. Die gesamte deutsche Steuerpolitik mit ihrer Verteilung des Steuerdrucks und mit der steigenden Verwendung der Steuererträge für soziale Zwecke stand unter diesem Leitgedanken; nicht weniger natürlich die deutsche Sozialversicherung mit ihrer immer wachsenden Dotierung aus öffentlichen Mitteln.“

Das ist das verruchte marxistische System, dessen Beseitigung von allen wahrhaft „nationalen Männern“ als vordringlichste Aufgabe bezeichnet wird. Fort mit der Sozialversicherung, dem Tarifrecht, dem Arbeiterschutz und anderen Errungenschaften. Hinweg mit der Arbeitslosenversicherung, mögen auch die Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft zugrunde gehen. Statt Verwendung der Steuererträge zu sozialen Zwecken lieber Überleitung der Steuergroschen in die Kassenschranke der Kraut- und Schlotbarone.

Diese Herren haben es immer gut verstanden, die Staatsgelder ihren Zwecken dienstbar zu machen. Milliardenbeträge aus den öffentlichen Kassen sind ihnen

Aus dem Inhalt

	Seite
Arbeit vor allem! — An die Arbeiter aller Länder! — Die großen Patrioten und ihr System	103
Die bevorzugte Schicht wird immer schamloser — Auf Borsig folgt Kötting	104
Stahlbad Anno 17 — Der Arbeitslose und seine Bezirkskademie	105
Zum Streik bei Streuber in Herford — Wie lebt die Metallarbeiterin? — Mehr Kameradschaft	106
Sechs Monate in Sowjetrußland — Das Elend im Dollariand	107
Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß	108

zugelassen in Form von Subventionen, Osthilfen, Bankensanierungen und anderem mehr. Das ist nationale Politik. Wenn aber der Staat etwas für die armen Teufel von Arbeitern auswirft, so ist das — marxistische Mißwirtschaft!

Wirkliche Mißwirtschaft, wie sie in der kapitalistischen Wirtschaft betrieben wird, sehen die nationalen Klopffechter nicht, oder sie decken den Mantel der kapitalistischen Liebe darüber. Wie es die „antimarxistischen“ Kritiker aber in Wahrheit treiben und wie „sparsam“ sie „wirtschaften“, sei an einigen Beispielen gezeigt:

Im Geschäftsbericht der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft für 1931 heißt es über die Bezüge der leitenden Direktoren: Im Jahre 1931 haben die gesamten Bezüge des Vorstandes und stellvertretenden Vorstandes (24 Personen) 2 844 750 M., und die des Aufsichtsrats (120 Personen) 429 032,26 M., herrührend aus dem Gewinn von 1930, betragen. Daraus ergibt sich, daß im Jahre des Bankenzusammenbruchs die ordentlichen und stellvertretenden Vorstandsmitglieder ein durchschnittliches Einkommen von 120 000 M. hatten! Diese Entbehrungslöhne werden als zeitgemäß angesehen, sonst würden sie ja nicht veröffentlicht werden. Wie hoch müssen erst die Bezüge der leitenden Personen gewesen sein in den Jahren, als man es noch ablehnte, sie zu veröffentlichen!

Ein anderer Fall: Die „Weltbühne“ brachte einen Bericht über einen Erpresserprozeß, den der Reemtsma-Konzern gegen einen Kaufmann und einen Verleger angestrengt hatte. Der Prozeß fand im Dezember 1931 zu Karlsruhe statt. In diesem Prozeß wurde folgendes über Schweigegelder, die wegen der möglichen Verbreitung von Steuerskandalen im Reemtsma-Konzern gezahlt worden sind, festgestellt: Es erhielten:

Schweck, Schweigegeld	200 000 M
Levita, Schweigegeld	112 000 M
„Konto Bey“, Paris, Bestechungssumme	200 000 M
Dr. Schulte, für eine Sanierungsschiebung	150 000 M
„Große Glocke“, Hamburg, Schweigegeld	30 000 M
Bestechungszentrale	150 000 M
Verleger Johannes Müller, Schweigegeld	25 000 M

An nicht genannte Batschari-Direktoren mit drei bis sechs Wochen Tätigkeit „Abfindungen“ von 30 bis 100 000 M

Das sind die wenigen Einzelfälle, die in diesem Prozeß nur nebenbei gestreift wurden. Was wirklich gezahlt wurde, geht hoch in die Millionen. Der Treuhänder

Schulte hatte 1924 keinen Heller in der Tasche, heute sitzt er als vielfacher Millionär flüchtig in Paris.

Hugenberg war eine einflußreiche Persönlichkeit in der Roggenrentenbank, dem „Bäuerenschlachthaus“. Er war Vorsitzender des Aufsichtsrats. In einer Versammlung in Herford hatte dieser Marxistentöter erklärt, im Anfang habe sich die Bank auch segensreich ausgewirkt für die, die den Roggenkredit früh genug zurückgezahlt hätten. Das ist nur zu wahr, wie aus einer Zuschrift eines Landwirts an die Parteileitung der SPD in Minden hervorgeht. In diesem Schreiben heißt es:

„Die erste Serie dieser Roggenpfandbriefe ist, wie ich feststellen konnte, zu einem Börsenkurs von 6,50 M herausgegeben; von diesen wird Herr Hugenberg auch wohl den Kredit auf sein Gut Rohbraken bei Rinteln gehabt haben . . . Durch ein Börsenmanöver wurde dann der Kurs auf 3 M, auch unter 2 M heruntergedrückt, und nun trat auch wohl der von Hugenberg erwähnte segensreiche Moment ein, in dem die Herrschaften wohl ihr eigenes Aktiengeld, das sie zum Roggenzentrerpreis von 6,50 M aus ihrer Bank entnommen hatten, zum Zentnerpreis von 3 bzw. 2 M wieder zurückzahlten. Eine wunderbare Sache! Nun erst war der Boden für die dummen Bauern reif. Von der deutschnationalen Seite wurde diese Geldbeschaffung (damals nach der Inflation) warm empfohlen. Auf Grund einer Massenbearbeitung sind dann Zehntausende und aber Zehntausende von Bauern im Reiche mit diesen Roggenpfandbriefkrediten zum mittleren Kurse von 2,50 M beglückt worden. Dann mit einem Male, als der Aufnahmebedarf dieser Papiere unter den Bauern nachließ, schnellte der Börsenkurs der Roggenpfandbriefe auf 9,50 M, und der Berliner Marktpreis für märkischen Roggen, nach dem sich die Zinsenzahlungen berechneten, auf 12 bis 13 M herauf. Damit waren diese ganzen belasteten Höfe mit einem Strich ruiniert!“

Das sind nur einige Beispiele der Handlungsweise der „sittlichen Erneuerer“ Deutschlands, den Wegbereitern eines „besseren Systems“. Diese unverfrorenen Zeitgenossen hätten wahrhaftig allen Grund, sich bescheiden im Hintergrund zu halten. Nicht von dem heutigen Staatssystem an sich stammen die Nöte des Volkes, sondern von der Profitgier der herrschenden Klasse, die den gegenwärtigen Staat korrumpiert und plündert. Nicht der Marxismus ist schuld an unserem Elend, sondern die Skrupellosigkeit des kapitalistischen Systems.

hohe Steuern, verlangen aber ständig von der Regierung, daß sie mit Steuergroschen ihre heruntergewirtschafteten Geschäfte saniert. Sie geföhren über hohe Soziallasten, wälzen aber die Erhaltung der Opfer ihrer Mißwirtschaft auf den Staat ab, indem sie ihre Arbeiter kurzerhand auf die Straße werfen. Sie lassen ihre Schreibknechte über die Üppigkeit der Lebenshaltung der unteren Schichten schwätzen, um weiteren Lohnraub zu rechtfertigen, während sie, die millionenschweren Kostkinder des Staates, die teuren Tummelplätze aufsuchen und sich wie einst im geschäftlichen Maß amüsieren. So waren unsre Ausbeuter zwar immer, aber jetzt, inmitten der allgemeinen Verarmung, ist ihr Tun und Treiben einfach schamlos.

Auf Borsig folgt Köttgen

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat sich einen neuen Vorsitzenden zugelegt. Das Amt hatte seit dem Jahre 1925 Ernst v. Borsig, das Haupt der weltbekannten und nun auf den Hund gekommenen Firma, inne. In dieser Zeit hat die Vereinigung der deutschen Unternehmer einen sozialreaktionären Kurs verwegener Art gesteuert. Sie drängte sich scharf nach vorne, wenn es galt, die Gewerkschaften zu bekämpfen, den Lohn zu quetschen, die Sozialversicherung zu verschlechtern oder die Arbeitszeitverkürzung aufzuhalten. Ihr Tun ließ sie mit den verschlissenen Phrasen über Rettung der Wirtschaft und ähnlichem Dunst verbrämen, wobei eine Anzahl Syndizist und professoraler Zimtbrüder Gelegenheit bekam, wirtschaftspolitische Faxen zu machen. Und während die Vereinigung oder ihre Presse gegen die Einmischung des Staates und gegen die Subvention der Industrie loslegte, hielten Industrielle die Hand nach Subventionen auf, oder suchten ihre Betriebsräte zu bewegen, ihrerseits sich für Subventionen einzusetzen.

Wer erlauben will, wie tief das deutsche Unternehmertum im Reigen des internationalen Unternehmertums steht, der braucht nur dessen Presse zu verfolgen. Das ausländische Unternehmertum versteht sich sicherlich ebenfalls aufs Profitmachen und es wendet sich gleichfalls gegen die Forderungen der Arbeiter. Aber das geschieht nie in einer so schamlosen Weise, wie in der deutschen Unternehmerpresse. Nirgends gibt es eine Unternehmerschaft, die wie die deutsche die Gewerkschaften so kleinlich dreckig bekämpft, die jede ihrer Bewegungen mit Geifer beschleudert und die Regierung fortwährend anfeuert, den Erwerbslosen die Brotkrumen wegzunehmen. Der Tiefstand der Gesinnung des deutschen Unternehmertums ist während der Amtszeit Borsigs noch tiefer geworden.

Wenn später einmal nach den Ursachen des Bankrotts der deutschen Wirtschaft geforscht wird, so braucht man nur die Schriften der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände durchzulesen. Hier ist der ganze wirtschaftspolitische und sozialpolitische Wahnwitz gehäuft, an dem die deutsche Wirtschaft zugrunde gegangen ist. Es hätte ja mit dem Teufel zugehen müssen, wenn eine Wirtschaft, deren Führung mit dermaßen viel Schwachsinn und Kurzsichtigkeit geschlagen ist, am Leben geblieben wäre.

Wir möchten nun nicht behaupten, daß Herr v. Borsig den sozialreaktionären und wirtschaftstödlichen Kurs seiner Vereinigung allein bewerkstelligt habe. Immerhin trägt er als Vorsitzender den Löwenanteil der Verantwortung. In der Auswahl seiner Helfer ließ er es an der glücklichen Hand fehlen. Wenn wir nicht ganz falsch unterrichtet sind, wird in Unternehmerkreisen der Abgang Borsigs als eine Erleichterung empfunden. Dort wünscht man dringend, daß der Ruf der Vereinigung, der unter Borsigs Amtszeit schwer mitgenommen wurde, eine Aufbesserung erfahre. Schon die Erinnerung an die Mißlingens-Aktennotizerei erregt ränzige Gefühle. Ob man in Unternehmerkreisen auch inne geworden ist, wie schwer sie mit ihren Geschäften die Politik der Vereinigung zu büßen haben, läßt sich von außen her schwer feststellen. Wenn aber, wie man annehmen kann, diese Erkenntnis bei dem Wechsel des Vorsitzenden mitgespielt hat, wäre das leicht zu verstehen.

Als Nachfolger des Herrn v. Borsig ist der Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke, Dr.-Ing. Karl Köttgen, erkoren worden. Er gehörte dem Vorstand der Vereinigung schon an. Ob nun die Politik der Vereinigung einen Stich wirtschaftlicher Vernunft bekommt, ist natürlich nicht vorauszu-sehen. Es ist nicht unmöglich, daß diejenigen recht behalten, die meinen, man dürfe selbst bei der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände in Sachen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Einsicht noch nicht alle Hoffnung fahren lassen.

Ein blaublütiger Lahusarier

Ein Lahusarier ist ein Mensch, der den Marxismus ausrotten will, das heißt, die organisierten Arbeiter, und dies zu dem Zwecke, um die unorganisierten, hilflosen Arbeiter nach Strich und Faden ausbeuten zu können, und der dann von dem erbeuteten Lohn noch einen Teil an die Nazis abführt, damit diese das Dritte Reich, das Reich der Macht und der Herrlichkeit für Schieber, Betrüger, Ausbeuter und Ballonmützen, begründen.

Ein solcher Mensch, ein Lahusarier also, scheint, wenn man der Frankfurter Volksstimme glauben darf, der Freiherr von Waldhausen in Gersfeld zu sein. Dieser edle Zeitgenosse, der Naziprotektor und Scharfmacher ist, betreibt, wie das Frankfurter Blatt berichtet, am Nordabhang der Röhn ein Basaltwerk, aus dem er der Reichsbahn minderwertiges Material geliefert hat.

Die kontrollierenden Beamten der Reichs-Gesteinprüfungsstelle in Kassel wurden dabei systematisch gefäuscht. Durch Spitzel bei dieser Behörde wurde von Waldhausen jede Kontrolle einige Tage vorher gemeldet. Die Geleise wurden darauf umgelegt und die gesperrten Steinbrüche durch Laub maskiert, so daß der Anschein erweckt wurde, als ob nur in Brüchen mit gutem Material gearbeitet würde. Gegen überraschende Kontrollen waren Posten ausgestellt, die die Parole „Der Feind in Sicht“ durchgaben, sobald die Kontrollbeamten sich näherten.

Auf Grund seiner vorzüglichen Beziehungen zur Reichsbahn hat Herr von Waldhausen mit seinem 1929 erschlossenen Basaltwerk große Lieferungen an die Reichsbahndirektionen Frankfurt/Main, Stuttgart, Kassel, Ostern, Augsburg, München, Nürnberg usw. erhalten.

Der Inhaber oder Direktor des Basaltwerkes, Herr von Waldhausen, duldete in seinem Betriebe keinen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und zwang auch alle von ihm abhängigen Gewerbetreibenden der näheren und weiteren Umgebung von Gersfeld, organisierte Arbeiter grundsätzlich zu entlassen. Die Arbeitszeit dauerte in den Betrieben des Herrn bis 12 und 13 Stunden bei einem Stundenlohn von etwa 20 Pfennig. Arbeiterschutz- und Unfallverhütungsvorschriften wurden von der Werksleitung nicht beachtet. Die Arbeiter mußten unbrauchbar gewordenes Werkzeug auf eigene Kosten ersetzen.

Dieser Herr, der auf seinem Riesenbesitz ein Stück Mittelalter repräsentiert, unterstützt den Nationalismus, stellte bevorzugt Nationalsozialisten ein und ließ in seiner Reithalle Exerzierübungen der nationalsozialistischen SA und SS abhalten. Der Betriebsleiter geht mit dem Faschisten-gruß durch den Betrieb. Die Arbeiter müssen entsprechend danken, sonst fliegen sie auf die Straße.

Man rechnet wegen der Ungeheuerlichkeit der Anklage mit der Verhaftung des edlen Herrn. Nun ahnt man, warum er das „System“ so haßt. Es will ihn verhaften lassen, während er auf Grund seiner nicht alltäglichen Talente im Dritten Reich geschäftlicher Opaß geworden wäre.

Die bevorzugte Schicht wird immer schamloser

Die ewige „eiserner“ Forderung des deutschen Unternehmertums spricht aus dem Jahresbericht des Zweckverbandes der Industrie- und Handelskammern Dortmund, Bochum, Essen und Münster:

„Von der Reichsregierung muß jedenfalls erwartet werden, daß sie sich, wenn die zwingende Notwendigkeit dazu sich ergibt, einer weiteren Senkung der Tariflöhne schon vor dem 30. April 1932, gegebenenfalls durch Abänderung der Notverordnung, nicht versagt. Überhaupt wird eine beweglichere Gestaltung der Tarife, vor allem die Zulässigkeit freier Tarifvereinbarungen auch in einzelnen Betrieben, wie sie der Zweckverband mehrfach gefordert hat, ein immer dringenderes Bedürfnis.“

Wenn die großen Herren fordern, dürfen die von ihnen ausgehaltenen Schreibknechte nicht teilnahmslos beiseite stehen. Sie haben für die Klamsucht ihrer Herren so etwas wie eine Berechtigung zu erfinden. Wie sie das tun, ist in der „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung“ (Heft 8) nachzulesen. Dort heißt es:

„Die Senkung der Lebenshaltungskosten betrug hiernach bis Dezember 1931 15,21 vH und bis Januar 1932 19,05 vH. Bis Dezember sank übrigens der Bekleidungsindex sogar um 21,5 vH. . . Der Eierverbrauch betrug 1913 nur 105 Stück je Kopf, 1931 dagegen 125 Stück. . . Bezeichnend ist auch, daß der Verbrauch von Pferdefleisch und von Kartoffeln den Vorkriegsstand nicht erreicht, während der Käseverbrauch von 43 auf 5 kg, der Margarineverbrauch von 3 auf 5 kg gestiegen ist und der Butterverbrauch sich auf den Vorkriegsstand gehalten hat. Es ist also festzustellen, daß die höherwertigen Nahrungsmittel in größeren oder gleichen Mengen wie vor dem Krieg verbraucht werden, während die billigeren Waren im Verbrauch gefallen sind.“

Den schwerindustriellen Bekümmernissen über das noch zu üppige Leben der unteren Schichten stellen wir aus einer Ein-gabe des völlig unverdächtigten Reichsbundes der höheren Beamten an den Preiskommissar folgendes gegenüber:

„Überblickt man diese Preisentwicklung nach Sachgruppen, so kommt man zu etwa folgendem Ergebnis:

- a) In der Ausgabengruppe „Brot“ sind je 1 kg Graubrot, Schwarzbrot, Brötchen und Weizenmehl von zusammen 230 Pf. gesunken auf 226½ Pf., das heißt um 3½ Pf. = etwa 1½ vH;
- b) in der Ausgabengruppe „Gemüse“ sind je 1 kg Graupen, Haberfloeken, Reis, Erbsen, Bohnen und Kartoffeln von zusammen 299 Pf. gesunken auf 289 Pf., das heißt um 10 Pf. = etwa 3 vH;
- c) die Preise für Fleisch sind für je 1 kg Rindfleisch, Schweinefleisch, Hammelfleisch und Speck von zusammen 620 Pf. gesunken auf 620 Pf., das heißt um 58 Pf. = 8 vH;
- d) in der Gruppe „Fett“ sind je 1 kg Molkereibutter, Landbutter, Margarine und Schmalz von zusammen 290 Pf. gesunken auf 285 Pf., das heißt um 5 Pf. = 1,7 vH.

Die Herrenmenschen jedenfalls glauben nach diesen Erfahrungen nicht mehr als 5 vH Preissenkung in der Gruppe Lebensmittel als Ergebnis der letzten zwei Monate feststellen zu können. Eine vom Hauswirtschaftsverein Hannover angestellte Erhebung über im Haushalt häufiger gesuchter Artikel stellt im Vergleich der Stichtage vom 21. Januar 1932 zum 31. Dezember 1931 fest:

- Keine Preisänderung bei Mehl, Teller Käse, Zucker, Kaffee, Tee, Bohnen, Erbsen, Reis, Nudeln, Marmelade, Gusschokcreme, Zerkleinstertes und Wein;
- Preissenkungen unter 5 vH bei: Mettwurst (4,5) und Pilsaugen (4);
- Preissenkungen über 5 vH bei: Speck (7), Butter (6 bzw. 7), Margarine (12), Aprikosen (9), Pflaumen (10), Kokosfett (12), Eier (17), Soße (5), Schmalz (9), Penne (9), Molkereifett (10).

Leser, wir sind noch einige unverdächtige Stimmen über die geschwundene Kaufkraft folgen. Die Textil-Zeitung (vom 21. Januar) schreibt:

„Die Kaufkraft des Publikums sank nach den drei ersten Tagen des Inventurausverkaufs ganz erheblich ab, um in der zweiten Woche auf einen ganz niedrigen Grad herabzusinken.“

Die Börse der meisten Menschen ist so klein, daß sie sich gar nichts besonderes leisten können.“

Die Kölnische Zeitung vom 26. Januar führt aus: „Die zweite Woche des Inventurausverkaufs brachte einen so starken Umsatzrückgang, daß man sagen kann: Der Ausverkauf dauerte in diesem Jahre eigentlich nur drei Tage . . .“

Die Wirklichkeit ist demnach: bei wichtigen Nahrungsmitteln überhaupt keine Preissenkung, bei den andern im Durchschnitt nicht mehr wie 5 vH; die Kaufkraft des Publikums flaut selbst bei billigen Anverkäufen nach kurzen Tagen ab, weil eben kein Geld zum Kaufen vorhanden ist. Auf der andern Seite aber eine Lohnsenkung von 10 bis 15 vH, nachdem schon etliche Lohnsenkungen vorausgegangen waren.

Das betrifft die unteren Schichten. Außer ihnen gibt es heute noch inmitten allgemeiner Verarmung eine bevorzugte Schicht. Nach dem Geschäftsbericht für 1931 der Deutschen Bank haben die gesamten Bezüge des Vorstandes und stellvertretenden Vorstandes (24 Mitglieder) 2 844 750 M. und die des Aufsichtsrates (120 Mitglieder) 429 032 M., herrührend aus dem Gewinn von 1930, betragen.

Daraus ergibt sich für die ordentlichen und stellvertretenden Vorstandsmitglieder ein jährliches Durchschnittseinkommen im Jahre des Bankenzusammenbruchs von 120 000 M. Nun haben die stellvertretenden Vorstandsmitglieder erheblich geringere Bezüge als die ordentlichen, was ja jetzt auch darin zum Ausdruck kommt, daß die 14 stellvertretenden Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank wieder zu gewöhnlichen Abteilungs-direktoren gemacht werden und aus dem Vorstand ausscheiden. Nimmt man daher für diese 14 stellvertretenden Mitglieder ein Durchschnittseinkommen von 60 000 M. im Jahre an (in Wirklichkeit gibt es auch hier Schwankungen), so käme man für die 10 ordentlichen Vorstandsmitglieder im Durchschnitt auf ein Einkommen von 200 000 M. jährlich.

Nun werden auch die folgenden Sätze im Berliner Tageblatt vom 14. Januar verständlich:

„Bei einigen großen Luxushotels sucht man übrigens vergeblich nach einer Fremdenliste; die Namen der Gäste würden auf ihren Wunsch hin bis auf weiteres nicht veröffentlicht werden, sagt bedauernd der Empfangschef; die Kurlisten, einst Tummelplätze hochtönender Namen und Titel, werden heute ängstlich gemieden. Man trifft trotzdem einige gute Bekannte aus Berlin, aber sie gehen dem Journalisten mit bösen Augen in großem Bogen aus dem Wege, als ob man der kühnhaftige Steuerbeamte selbst wäre; früher, es ist bei Gott noch gar nicht lange her, sahen sie sich so gern in der Zeitung gedruckt, jetzt, nicht wahr, jetzt bleibt man besser ganz bescheiden im Hintergrund; wir begreifen das und sind dankbar.“

So treiben es die Großen unter den Profitmachern, die Kleineren trachten, es ihnen nachzumachen. Sie zetern über



immer dieselben!



Verbandsleben



Zum Streik bei Streuber in Herford

Die Kommunisten scheinen es bei keiner Bewegung unterlassen zu können, den Unternehmern als Steigbügelhalter gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter zu dienen. Im kommunistischen Ruhr-Echo vom 23. März steht unter der Rubrik „Alle Kraft auf die Betriebe“ folgendes:

„Wir können jetzt verzeichnen, daß die Belegschaft des Betriebes Streuber in Herford trotz der Sabotagemanöver der DMV-Bürokratie geschlossen gegen einen Lohnabbau in den Streik getreten ist. Wir sehen unsere Aufgabe jetzt darin, diese streikenden Arbeiter gegen den bereits drohenden Verrat der Bürokraten zu mobilisieren und ihnen die notwendige selbstgewählte Führung in ihrem Kampfe zu geben.“

Zu diesen unwahren Behauptungen sei kurz bemerkt, daß der Streik im vollständigen Einverständnis mit der Ortsverwaltung und der Bezirksleitung des DMV einstimmig beschlossen wurde und daher von Sabotage der „DMV-Bürokratie“ keine Rede sein kann. Die Arbeiterschaft mag auch aus dem kommunistischen Unsinn wieder erkennen, daß die Kommunisten wohl meckern und maulen können, aber von praktischer Gewerkschaftsarbeit nicht die geringste Ahnung haben.

Zum Streik selbst ist zu bemerken, daß die Firma Streuber an die Arbeiter Schreiben versendet und ihnen nahelegt, daß sie in ihrem eigenen Interesse die Arbeit dort sofort wieder aufnehmen sollen. Die Firma teilt in den Schreiben mit, daß sie der Gewerkschaft einen Tarifvertrag angeboten hätte, der in der Spitze mit 66 Pf. dem Schiedsspruch vom 12. Februar entspräche. Auch habe sie sich bereit erklärt, die Altersklassenstaffelung ganz erheblich zu bessern. Das ist eine glatte Unwahrheit. Wäre die Angabe der Firma richtig, dann brauchte sie ja nur den Schiedsspruch, der für die Firma gefällt wurde, anzuerkennen; denn der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch lautet:

„Von der laufenden Lohnperiode ab werden der... Mantel-Tarifvertrag vom 28. Januar 1931 und die über die Löhne vom Schlichter in Dortmund unter dem 6. Januar 1932 getroffene Entscheidung mit der Maßgabe, daß der Ecklohn des B-Arbeiters 66 Pf. und die Akkordbasis 62,7 Pf. beträgt, auch für die Parteien dieses Verfahrens als Tarifverträge erklärt. Alle anderen Löhne und Akkordbasen richten sich nach dem bisherigen Schlüssel der Fachgruppe Herford. Dies Abkommen kann mit Monatsfrist zum Monatsende, erstmalig zum 30. April 1932, gekündigt werden.“

Die Firma Streuber hat aber diesen Schiedsspruch abgelehnt und hat in der Verhandlung beim Schlichter über die Verbindlichkeitsklärung mit aller Entschiedenheit verlangt, daß für sie dieselben Löhne, die für das Sieger- und Sauerland in Frage kämen, anerkannt werden müßten. Gewiß stehen die Tariflöhne im Sieger- und Sauerland niedriger, aber die Verdienste der Arbeiter sind zum mindesten so hoch, ja zum großen Teil noch höher, wie sie bei der Firma Streuber erreicht werden. Die Betriebe im Sieger- und Sauerland sind mit moderneren Einrichtungen versehen, dies wurde selbst von dem Mitinhaber der Firma Dr. Lohmann, bei den verschiedensten Verhandlungen zugegeben.

Fernerhin verlangt die Firma auch noch, daß die höchste Altersgrenze für die Tariflöhne nicht wie bisher 22 Jahre, sondern 24 Jahre sein soll. Die Firma annouciert ja auch in allen Zeitungen um Arbeitskräfte, und es ist ihr gelungen, auch schon einige Kausarbeiter zu bekommen. Diese werden aber sehr bald, besonders nach der ersten Löhnung, wieder abreisen, weil sie ihr Logis- und Kostgeld bei dem Verdienst, den sie erzielen, nicht bestreiten können.

Wie bescheiden die Firma ist, geht daraus hervor, daß sie einem 23jährigen gelerntem Werkzeugmacher 38 Pf. Stundenlohn angeboten hat, also würde dieser Fachmann bei achtstündiger Arbeitszeit brutto 3,04 M den Tag erhalten. Rechnet man die gesetzlichen Abzüge ab, kann man sich leicht vorstellen, wieviel vom Lohn übrig bleibt.

Ein ganzer Teil der Arbeiter, die auf die Amonce nach Herford gekommen sind, sind auch nach Aufklärung über die wirklichen Tatsachen der Bewegung wieder abgereist, weil sie selbst einsehen, daß sie bei diesen Riesenverdiensten bei der Firma nicht existieren können.

Wir ersuchen, überall an den Arbeitsämtern die Arbeiter aufzuklären, damit sie sich durch die falschen Angaben der Firma nicht selbst schädigen. Will die Firma den Frieden, so braucht sie nur den Schiedsspruch, der ihren Wünschen Rechnung getragen hat, anzuerkennen; dann ist der wirtschaftliche Frieden hergestellt.

K. Sp.

Wie lebt die Metallarbeiterin?

12 Mark Einkommen bei voller Arbeitszeit

Ich arbeite in einem Betriebe, der Limonaden aller Nationen herstellt. Keine Fabrik hat hier im Orte so viel Aufträge wie unsere. Wir haben fast immer voll gearbeitet und vor Weihnachten sogar Überstunden gemacht. Solche Soldaten schenkt man den Kindern; sie sind so teuer, daß sie nur vom Mittelstand gekauft werden können. Es sind jene Kreise, die den Volkshaß schüren und aus denen die Naziwähler kommen, die ihren Kindern den Militarismus beibringen.

Diesem Umstand haben wir es zu verdanken, daß wir noch 48 Stunden wöchentlich beschäftigt sind, allerdings für Hungerlöhne. Gemäß der Notverordnung hat man uns Arbeiterinnen ebenfalls die Löhne um 15 vH abgebaut. Wir haben nach diesem Lohnabbau eine Akkordbasis von 30,6 Pf. die Stunde und bekommen für 48 Stunden nach Abzug der sozialen Beiträge und Kopfstener 12,75 M die Woche ausgezahlt. Einer Arbeiterin von 21 Jahren und darüber mußte man zu, daß sie mit diesem Spottlohn nach Hause geht. Wenn da ein Mädel alleinsticht, kann sie nur das Notdürftigste decken. Wenn sie mollig wohnt und 5 M Miete zahlt, bleiben ihr zur Ernährung, Kleidung, Wasche usw. nur 7,75 M die Woche übrig, einen Mantel und sonstige größere Kleidungsstücke kann sie sich nicht anschaffen.

Ich selbst verdiene jetzt 15 bis 16 M die Woche und bin genötigt, davon zwei Kinder und meinen arbeitslosen Mann, der Wehrdienstpflichtig ist, mitzunehmen. Nach Abzug der Miete und den sonstigen Nebenausgaben bleiben mir 2 M die Woche je Kopf der Familie. Das reicht wöchentlich für je 20 Pfund Kartoffeln, 1 Pfund Margarine und 1 Brot je Kopf. Diese Not können wir auf die Dauer einfach nicht anhalten.

Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben an Unorganisierte und Gleichgültige. Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!

Wir wohnen auf einem Kohlenhof. Im Sommer kann ich nur abends und nachts das Fenster öffnen, denn am Tage wird bei offenem Fenster alles voll Ruß, die Fenster und Gardinen sind schwarz. Schön jahrelang muß ich für meine beiden Kinder aus meinem kargen Verdienst sorgen. Wir sind abgerissen, haben Schulden und sind Sonntags immer zu Hause. Kein bißchen Abwechslung ist uns vergönnt; nicht einmal einen kleinen Radioapparat, der einem Freude geben könnte, haben wir.

Meine Nerven sind dort angelangt, wo man tagtäglich einen Zusammenbruch erwarten kann. Was soll aus uns werden, wenn ich nicht mehr weiter kann? Jedes Stückchen vom Hemd bis zur Kleidung nahe ich für meine Tochter. Nach Feierabend gibt es oft Wäsche; dann wasche ich bis 12 Uhr, am nächsten Abend wird aufgehängt. Wenn man abends nach Hause kommt, ist man so abgespannt, daß man gleich ins Bett fällt, wenn man seine häusliche Arbeit verrichtet hat.

Als Betriebsrat habe ich auch in Betriebe eine verantwortungsvolle Stelle. Hat es doch die Spaltung der Arbeiterschaft so weit gebracht, daß kommunistische und nationalsozialistische Betriebsräte uns die Tätigkeit im Betriebe um die Interessen der Belegschaft noch erschweren. Auf Schritt und Tritt muß ich so erfahren, wie die nationalsozialistischen und kommunistischen Funktionäre die Arbeiterschaft schädigen. Bis jetzt habe ich immer die Mehrheit meiner Kolleginnen hinter mir.

Wir hatten jetzt eine Klage mit unserer Firma, weil meine Kolleginnen unter den Tarif bezahlt wurden. Von 20 Kolleginnen haben 12 in einem halben Jahre fast dauernd unter Lohn verdient. Es handelt sich hier um eine kleine Abteilung des Betriebes, in den anderen Abteilungen ist der Akkord besser.

Die hiesige Ortsverwaltung des DMV hat sehr viel Gutes für die Kollegen getan; aber die Kollegen sehen nur die Verschlechterung ihrer Löhne. Wenn man auch zuweilen der Blitzableiter der eigenen Kolleginnen ist, so muß man dies mit ihrem Unverständnis entschuldigen. Wenn man aber erst an die Unterdrückung und infame Ausbeutung der Arbeiterklasse von früher zurückdenkt, muß man überall Besserungen, die die Gewerkschaften errungen haben, feststellen. Wir Funktionäre wissen das, aber die Arbeiterschaft vergißt leicht, wie furchtbar ihre Lage in der vorgewerkschaftlichen Zeit war. Ich habe trotz aller Schwierigkeiten auch etliche Neuaufnahmen in meinem Betriebe gemacht.

Ida F.

Mehr Kameradschaft

Von einer Verbandskollegin wird geschrieben:

Unter: „Mehr Kameradschaft!“ schreibt in Nr. 13 der MZ eine Kollegin: „Gerade in so schweren Zeiten muß sich der organisierte Arbeiter doppelt aufrichtig und ehrlich zu der alten proletarischen Forderung auf Gleichstellung der Frau mit dem Manne bekennen.“ Ganz richtig. Besteht aber heute nicht oft das Gegenteil? Nicht nur im Kreise der Familie — auch im Betrieb? Fehlt im Umgang mit den Kolleginnen und Mitarbeiterinnen nicht oft das Solidaritätsgefühl? Wenn unsere Kolleginnen mehr Kameradschaft und Solidarität mit den Kolleginnen üben, dann würde zweifellos auch die Hausfrau ein besseres Los haben. Sie würde dann wahrscheinlich mehr die ersuchte Kameradin und Kampfgenossin sein, was unserer Bewegung nur von Nutzen wäre.

Wir haben Kollegen, organisierte, die nach außen den Sozialismus vertreten und für die Gleichberechtigung der Geschlechter eintreten, im übrigen aber sich den Kolleginnen gegenüber sehr spießhaft benehmen. Sie fühlen sich als Mann, als Befehlshaber, und betrachten die Frau meist nur als Weib. Statt uns helfend zu fördern, aufklärend zu unterstützen, betrachtet man uns Frauen mitunter geringschätzig. Die Kollegen sprechen ganz offen aus, daß wir Frauen doch nicht einem Manne zumuten könnten, wegen einer Frau seinen Posten zu verlassen. Man mutet uns also alles andere zu, nur keine verantwortliche Arbeit. Man spricht uns Gerechtigkeitsgefühl ab und stellt uns nur gefühlsmäßiges Handeln anheim. Und warum? Ist es Konkurrenzfurcht? Ist es noch die alte bürgerliche Einstellung, die Frau gehöre ins Haus? Ich wage zu behaupten, daß die Erziehung in Elternhaus und Schule sehr viel dazu beigetragen hat, uns in unserem Kampfesmut zu schwächen, da wir nie die Beachtung bekamen, die den Jungen zuteil wurde. So wie die Mädchen erzogen wurden, so sind sie später eben als Frauen.

Würden unsere Herren Kollegen mehr aufklärend wirken, mehr Geduld und Achtung für ihre Frauen und Kolleginnen aufbringen, dann hätten wir eben mehr überzeugte Kämpferinnen und Gewerkschaftlerinnen. Dann gäbe es nicht so viele Frauen und Mütter, die unter dem Zeichen des Hakenkreuzes herumirren und die Seelen ihrer Kinder vergiften. Wir im Betrieb stehenden Frauen haben außer unseren gewerkschaftlichen Aufgaben oft noch einen Kampf gegen unsere eignen Kollegen zu bestehen, wozu Mut gehört und Ausdauer. Gerade das ist es, was den meisten Anfängerinnen fehlt und sie wankelmütig werden läßt. Deshalb müssen die Kollegen mit uns gehen, uns heranziehen zur gewerkschaftlichen Arbeit.

Wir Frauen wollen mit den organisierten Kollegen gemeinsam kämpfen gegen Faschismus und Knechtschaft. Unsere Kinder wollen wir erziehen zu freien Menschen und Kämpfern der Arbeiterklasse. Deshalb Aufklärung! Übt darum, Kollegen, Solidarität mit uns, schenkt uns Beachtung, klärt auf, werbt und helft, dann werden die Reihen stärker.

Otto Bremer Jubilar

Am 2. Mai feiert Kollege Bremer, Erfurt, sein 25jähriges Dienstjubiläum. Kollege Bremer steht heute im 56. Lebensjahr. Von Beruf war er Dreher. 1899 fand er in Magdeburg den Weg zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Bald war er hervorragend ehrenamtlich tätig und übte langjährig das Amt des Obmannes der Vertrauensleute des Krupp-Gruson-Werkes in Magdeburg aus. Als 1907 in der Ortsverwaltung Magdeburg eine Hilfskraft gebraucht wurde, fiel die Wahl auf Bremer. Ein Jahr später übernahm er als Geschäftsführer die Verwaltungsstelle Schönbeck an der Elbe und 1914 die Stelle des 1. Bevollmächtigten in Erfurt. Nach dem Krieg wurde er Bezirksleiter für den neugeschaffenen Erfurter Verbandsbezirk. In all diesen Stellungen hat sich Kollege Bremer als fleißiger und gewissenhafter Verbandsarbeiter gezeigt, der sich das volle Vertrauen der Kollegenschaft errungen hat und vom Gegner geachtet wird. Neben seiner erfolgreichen Verbandsstätigkeit ist Bremer auch politisch tätig gewesen. Er ist aus der jungen Arbeiter-Tarabewegung hervorgegangen, die zu jener Zeit mit starkem Kraftaufwand für einen kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse wirkte. Anlaß der Reichstagswahl 1907 kam er auch mit der Klassenpartei der Vorkriegszeit in Berührung. Wegen Landfriedensbruch saß er ein Vierteljahr in Untersuchungshaft und wegen anderer politischer Defizite mußte er sechs Monate Gefängnis abstrafen. Manches politische Amt und Mandat hat Kollege Bremer zur vollsten Zufriedenheit der sozialdemokratischen Wählerschaft ausgeübt. Wir wünschen unserem Jubilar Gesundheit und Kraft für ferneres erfolgreiches Wirken zum Wohl der arbeitenden Klasse.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 1. Mai, ist der 19. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Mai 1932 fällig.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten!

Nach Rotterdam, Schiffswerft und Maschinenfabrik P. Smit Jr. (Streik).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Neuer „Sieg“ der RGO

Auf der Bernbacher Eisengießerei GmbH in Leverkusen-Küppersteg hat die RGO einen Streik geführt. Die Firma hat wiederholt die Akkordsätze verringert, und im März versuchte sie wiederum, einen 10- bis 15prozentigen Abbau durchzuführen. Diese Absicht haben von 38 Formern 37 mit der Arbeitsniederlegung beantwortet. Im Betrieb blieben etwa 20 Arbeiter, die mit der Formerei selber nichts zu tun hatten. Da aber im Betrieb der „Rote Einheitsverband der Metallarbeiter“, also die RGO, am stärksten vertreten war, so haben sie auch die „revolutionäre“ Führung übernommen. Die Arbeiter hatten sicherlich ein Recht und die Pflicht, sich gegen die ihnen zugemuteten Abzüge zu wehren. Sie hätten eine andere Führung als wie die der RGO sicherlich verdient gehabt, denn nach dreizehntägiger Dauer wurde der Streik von der RGO erfolglos abgebrochen. Zwei bis drei der Streikenden sind vorher noch in den Betrieb gegangen, und dann war der Streik zu Ende.

Bei dem Begräbnis dieses Streiks waren allerdings die Führer des Einheitsverbandes aus Solingen nicht mehr zu sehen, die ursprünglich das Maul nicht voll genug nehmen konnten. Dafür erschien ein anderer RGO-Mann aus Leverkusen, der zum — Abschluß dieses Kampfes eine feurige Ansprache hielt und die Streikenden aufforderte, „siegreich geschlossen die Arbeit aufzunehmen!“ Die Streikenden erschienen dann auch diesem Befehl gemäß zur Arbeitsaufnahme, nur daß die Firma jede Weiterbeschäftigung ablehnte, und nun liegen alle Streikenden auf der Straße.

Streikunterstützung ist den Formern zwar versprochen, aber nicht ausgezahlt worden, denn die RGO hat dafür kein Geld, weil ihr Verwaltungsapparat alle Einnahmen verschlingt. Dafür wurden aber Sammellisten in die Leverkusener Betriebe geschickt; der Erfolg kennzeichnet das Ansehen der RGO. Bei der Firma Wupperrmann wurden ganze 75 Pf. gesammelt, obwohl ein „roter Betriebsrat“ dort amtiert. Bei der Firma Eumuco haben die RGO-Leute jede Sammlung abgelehnt, wahrscheinlich aus Furcht vor Entlassung. So hat man nur einigen Streikenden mit kinderreicher Familie insgesamt 5 M gezahlt, im übrigen die Streikenden auf die Wohlfahrtsunterstützung verwiesen.

Durch solche Verbrechen dürften auch allmählich im Kreise Solingen den Arbeitern die Augen über die RGO geöffnet werden.

Ein echter Klassenkämpfer

Das erweiterte Schöffengericht in Magdeburg verurteilte den Spitzenkandidaten der Kommunistischen Partei zum Preußischen Landtag für den Wahlkreis Magdeburg, den Bezirkssekretär Walter Kabner, wegen Beleidigung des Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes Kurt Kaulfers zu 30 M Geldstrafe.

Kabner war im Jahre 1920 Betriebsratsvorsitzender des Kruppwerkes zu Magdeburg. Wegen einer gegen den damaligen Prokuristen des Kruppwerkes Lotz ausgesprochenen Beleidigung wurde er fristlos entlassen. Die gesamte Belegschaft des Kruppwerkes trat daraufhin einige Stunden in den Streik. Der Metallarbeiter-Verband führte später gegen das Kruppwerk einen Prozeß, wobei im ersten Termin ein obliegenendes Urteil für Kabner erzielt wurde. In der Berufungsverhandlung nahm Kabner seine Klage plötzlich zurück und erklärte dem Gericht, daß er sich friedlich einig, da er sich in Berlin mit einem Verwandten selbständig machen wolle. Der Prozeß wurde aufgehoben. Im Jahre 1931 kam dann zur Kenntnis des Metallarbeiter-Verbandes, daß Kabner damals vom Kruppwerk eine Abfindung von 2000 M bekommen hat, also sein Mandat als Betriebsratsvorsitzender für 2000 M verschachert hat. Der Metallarbeiter-Verband klärte darüber die Belegschaft des Kruppwerkes in einem Flugblatt auf. In der kommunistischen Tribüne in Magdeburg nannte Kabner daraufhin den Verantwortlichen des Flugblattes einen Lügner und Verleumder. Kabner wurde deshalb verklagt. Im Verlauf des Prozesses beschwor der jetzige Syndikus des Verbandes der Großindustriellen Deutschlands, Klotz, daß Kabner 2000 M Abfindung bekommen habe. Trotzdem bestreitet Kabner, Geld genommen zu haben. Das Gericht nahm aber als erwiesen an, daß sich Kabner mit 2000 M hat abfinden lassen.

Lohnsenkung und Akkord

Das Reichsarbeitsgericht hat in ständiger Rechtsprechung entschieden, daß eine Erhöhung der Tariflöhne nicht ohne weiteres auch eine Erhöhung der Akkorde nach sich ziehe. Eine solche trete vielmehr nur ein, wenn sie sich aus den tariflichen Vereinbarungen ergebe. Analog dieser Auffassung hat es jetzt (RAG 286/31 vom 7. Oktober 1931) entschieden, daß auch eine Senkung der Tariflöhne eine Senkung der Akkorde nur dann direkt zur Folge habe, wenn dieses aus den Tarifbestimmungen sich ergibt.

Sechs Monate in Sowjetrußland

Der Verfasser dieses Tatsachenberichtes, den wir in der Wiener Arbeiter-Zeitung finden, hat als Techniker sechs Monate in Sowjetrußland gearbeitet.

Wenn man die Grenzen Sowjetrußlands überschreitet, so hat man einen imposanten und einen bedrückenden Eindruck zugleich. Man kommt in das Land der proletarischen Diktatur, man kommt in eine Welt, die ganz anders ist als in Europa, in eine Welt, in der überall gebaut wird. Neue Städte, neue Fabriken, die zum Teil ganze Stadtteile umfassen, mit eigenem Theater, Klubs, Kinos, Sportplätzen, Gemeinschaftsküchen und Magazinen. Für einen Europäer ist dies alles neu. Er kommt aus einer zusammenbrechenden in eine aufbauende Welt. Es ist nicht schwer, wenn man all dies zum erstenmal sieht, grenzenlos begeistert zu sein. Aber wenn man längere Zeit in Rußland weil, bekommt man ein ganz anderes Bild. Das Bild der Wirklichkeit, so wie sie in Rußland ist. Dieses Bild kann man allerdings nicht in vierzehn Tagen und auch nicht in einem Monat gewinnen.

Im Betrieb

Nun die Saratower Mährescherfabrik selbst. Sie umfaßt, wie schon erwähnt, einen ganzen kleinen Stadtteil außerhalb der Stadt und beschäftigt etwa 5000 Arbeiter, die in drei Schichten mit je siebenstündiger Arbeitszeit arbeiten. Der Ruhetag ist für alle gemeinsam der sechste Tag. Die eigentliche Fabrik, die äußerst streng militärisch bewacht ist, umfaßt die Fabrikshalle, die Feuerwehrräume sowie die einzelnen Abteilungen, Zechen genannt, wie Eisenbereitungs-, Kombi-, Remonte-, Elektrozeche, die Modellschleierei, Transformatorstation, das Hauptkontor, die Konstruktionsbüros, das Gewerkschafts- und Parteibüro. Die Gebäude sind aus Eisenbeton nach moderner Art hergestellt. Vor allem fällt die große Zahl von Leuten auf, die in den Werkstätten und in den Büros stehen und sitzen und keine produktive Arbeit leisten. Es herrscht ein starker Bürokratismus, es gibt viel zu viele, die Befehlen. Stalin selbst wendet sich ja gegen ihn — allerdings mit wenig Erfolg, denn diese Nichtstuer sind größtenteils Parteikommunisten, die oberste Schicht im Betrieb.

Die Behandlung der Maschinen ist äußerst schlecht, unsachgemäß. Bei funkelneuen amerikanischen, englischen und deutschen Maschinen werden zum Beispiel die Muttern mit dem Meißel heruntergeschlagen — einfach, weil der Schlüssel gerade nicht zur Hand ist und der russische Arbeiter sich nicht die Mühe nimmt, ihn zu suchen, zumal da man selten das Werkzeug findet. Die Maschinen werden oft nicht bestimmungsgemäß verwendet, es werden zu hohe Geschwindigkeiten angewendet, um nur ja das Maximum herauszubekommen. Die Folge ist, daß diese teuren, mit ausländischen Werten bezahlten Maschinen binnen kurzer Zeit kaputt sind, sie können dann nur noch zu minderwertiger Arbeit verwendet werden oder verschwinden sang- und klanglos; kein Mensch weiß dann, wo sie sind. Das ist nicht nur in Saratow so, sondern auch in den anderen Betrieben. Es gibt wohl Ausnahmen, Musterfabriken in Moskau und Leningrad, aber das ist nicht das Allgemeinere.

Bemerkenswert ist der große Umfang der Frauenarbeit in den Betrieben. Die Frau ist dem Manne gleichgestellt und in der Arbeit durchaus gleichwertig, sie ist oft sogar intelligenter als ihr Berufsgenosse. In unserer Schweißerei war zum Beispiel ein neunzehnjähriges Mädchen Vorarbeiterin von etwa zwanzig Schweißern.

Löhne

Außerst schlecht ist das Lohnsystem. Gearbeitet wird zum Großteil im Akkord. Der Akkordatz für hundert Stück Zahnäder mit einer Bohrung von sechzehn und einer Breite von etwa zwanzig Millimeter beträgt sage und schreibe 33 bis 39 Kopeken. Dabei muß der Arbeiter oder die Arbeiterin im Tag 840 Stück machen. Dieser Akkordatz kommt dadurch zustande, daß die Verlustzeiten nicht berücksichtigt werden. Jedem wird es sofort klar sein, daß es der größten Kraftanstrengung bedarf, um diese Arbeit zu bewältigen. Dabei kostet das Mittagmahl in der Fabrik, bestehend aus Krautsuppe, hie und da Hammelfleisch und Kascha, etwa 60 Kopeken bis 1 Rubel. Die Nachrichten über eine Steigerung der Löhne sind mit einer gewissen Reserve aufzunehmen, denn auch die Lebenshaltung wird teurer, und zwar steigen die Löhne langsamer als die Preise. Der Lohn ist seit dem Jahre 1928 um etwa 70 vH gestiegen, die Preise aber um ein Vielfaches. Im Monat Januar 1932 sind zum Beispiel die Lebensmittel um 25 bis 30 vH, die Textilwaren bis zu 200 vH teurer geworden, der Lohn ist aber gleichgeblieben. Demgegenüber sind die Arbeiter machtlos. Es werden Versammlungen einberufen, es wird so lange gesprochen und an das sozialistische Gewissen appelliert, bis die Arbeiter einverstanden sind. Wer dagegen spricht, ist ein Saboteur, ein Opportunist, und hat große Schwierigkeiten. Die Gewerkschaften haben eine ganz andere Funktion. Sie arbeiten auf kulturellem Gebiet, sie führen die Beschlüsse der Partei durch, vertreten also den Unternehmer, und nur in den krassesten Fällen wird der Arbeiter in Schutz genommen.

Die russischen Arbeiter, die zum allergrößten Teil eben erst vom Dorf gekommene Bauern sind, leben in ihrer großen Mehrheit in unhygienischen Baracken, auf Holzpritschen und in alten Zinskasernen. In den Magazinen bekommt man, außer Parfüm und Puder, sehr wenig Dinge außerhalb des unmittelbar Lebensnotwendigsten, und im Freihandel, der ja auch staatlich ist, sind die Waren nicht zu bezahlen. Es gibt wohl eine obere Schicht in jedem Betrieb, Parteifunktionäre, Gewerkschaftsfunktionäre, Ingenieure, Stoßbrigadler, Direktoren und sonstige führende Beamte, die in der Ausländerküche oder in einer eignen Küche essen und Begünstigungen beim Einkauf haben.

Ein großes Augenmerk wird dem Sport zugewendet. Alle Sportarten, vom Fußball angefangen bis zum Fechten, werden betrieben. Man weiß in Rußland die Bedeutung des Sports für den proletarischen Kampf zu schätzen. Aber auch sonst wird kulturell viel geleistet. Der Arbeiter hat die Möglichkeit, sich weiterzubilden, er kann Schulen, Kurse, Vorträge und Seminare besuchen. Das Analphabetentum ist zum Großteil schon beseitigt; Kinos, Theater, Oper und Zirkus sind den Arbeitern zugänglich. Das Niveau ist für russische Verhältnisse durchaus gut und es wird überall die Tendenz verfolgt, den Arbeiter in kommunistischem Sinne zu beeinflussen.

Die Stellung der Ausländer

Die Ausländer haben natürlich eine bessere Lebenshaltung. Wo es möglich ist, haben sie eine eigene Küche und eigene Magazine; wo die Möglichkeit besteht, wohnen sie in Neubauten. Die Zimmer sind meist geräumig und werden je nach der Größe von ein bis drei Personen bewohnt. Wegen der Einrichtung gibt es in vielen Fällen große Schwierigkeiten; oft muß man monatlang auf Kasten und Waschbecken warten. Wo viele Ausländer sind, haben sie eine eigene Küche und eigene Lebensmittelmagazine (Konsumvereine).

Der Ausländer benötigt viel Energie, um sich im Betrieb durchzusetzen. Hat er sich durchgesetzt, dann ist er in der Arbeit freier und selbständiger, und im allgemeinen ist das Verhältnis zwischen Ausländern und Russen durchaus freundschaftlich und kameradschaftlich. Wo viele Ausländer sind, wird man versuchen, sie kommunistisch zu beeinflussen, Organisationen und Zellen gründen, und man wird dann großes Gewicht auf politische Arbeit legen: die persönliche Freiheit wird eingeschränkt sein. Sind in einem Betrieb wenige Ausländer, so wird ihre wirtschaftliche Lage schlechter, die persönliche Freiheit aber größer sein.

Der Lohn ist sehr verschieden; der Mindestlohn für Ausländer beträgt 150 bis 200 Rubel. Nur bekommt er wenig für sein Geld. Bezeichnend ist, daß vielfach Ausländer, die durch die Intourist, das ist die staatliche russische Reisegesellschaft, in die Sowjetunion gekommen sind und erst dort mit einer Fabrik einen Vertrag abgeschlossen haben, bald wieder entlassen wurden; nur wenn sie sich mit Lohn und Lebenshaltung der Russen begnügen, können sie bleiben. Es besteht überhaupt die Tendenz, das Lebensniveau des Ausländers immer mehr dem des Russen anzugleichen, wobei freilich auch die Lebenslage des Russen gebessert wird. Denn daß Sowjetrußland trachtet, die Lebenshaltung des Arbeiters zu bessern, ist unbestreitbar festzustellen.

Politische Schwierigkeiten

Am heikelsten ist, wie schon erwähnt, die Stellung des Ausländers in politischer Beziehung. Kurze Zeit, nachdem wir nach Saratow kamen, wo in der Mährescherfabrik etwa hundertvierzig Ausländer, von ihnen neun Zehntel Österreicher, tätig waren, wurde nach einem Vortrag über die Rote Hilfe eine Resolution gefaßt, in der es hieß:

Der blutige faschistische Terror wird zum herrschenden Terror der bürgerlichen Demokratie. Die Sozialdemokratie ist die grundlegende Waffe zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterklasse. Der Sozialfaschismus, der den linken Flügel des Faschismus darstellt, ist das Hauptinstrument in den Händen der Bourgeoisie. Die Sozialfaschisten in Deutschland, Österreich, England, Frankreich, Spanien, Italien, Polen, Rumänien, Finnland und andern kapitalistischen Ländern helfen aktiv der Bourgeoisie, die besten Vertreter des Proletariats, der Bauernschaft und der werktätigen Intelligenz zu mordern, die revolutionären Zeitungen zu konfiszieren, die Redaktionen der Arbeiterpresse zu zerstören, Demonstrationen der Streikenden, der Arbeitslosen und Hungernden auseinanderzujagen.

Das Elend im Dollarland

Hoover verzichtet auf sein Gehalt

Europa hat jetzt so viel mit seinen Nöten zu tun, daß es sich nicht um die jenseits des Ozeans kümmern kann. Dort steht eher noch schlimmer als hier. Die amerikanischen Zeitungen enthalten ständig Berichte über die herzerhebende Not der Arbeitslosen. Hier und da enthalten sie auch Kunde von Demonstrationen hungernder Menschen und von ihrer Besänftigung mit Polizeiknüttel und Schießseisen. Wie neulich in Detroit, wo beschäftigungslose Fordarbeiter einen friedlichen Umzug veranstalteten, wobei vier Teilnehmer von der Polizei erschossen wurden.

Die städtischen Behörden wissen nicht mehr, wie sie ihren notleidenden Bürgern helfen sollen. Es gibt keine staatliche Arbeitslosenunterstützung. Die private Wohltätigkeit hat, das muß anerkannt werden, Gewaltiges für die Arbeitslosen geleistet und leistet es noch. Die Opferwilligkeit ist schwerlich jemals größer gewesen. Aber selbst sie erweist sich gegenüber der beängstigend hochgehenden Flut von Elend zu schwach.

Der Leiter der New Yorker städtischen Wohlfahrt veröffentlichte vor einer Woche einen verzweifelten Mahnruf. In seiner Stadt erhalten 828 000 Leute Unterstützung, die sich auf die allereinfachste Ernährung beschränkt. Die 18 Millionen Dollar, die infolge eines Appells an die Öffentlichkeit gesammelt wurden, sind vollständig ausgegeben, und die 12½ Millionen Dollar, die die Stadt bewilligte, werden ebenfalls bald ausgegeben sein. Es müssen tagtäglich mindestens 75 000 Dollar von der städtischen Wohlfahrt aufgewendet werden, „nur um die Leute zu ernähren, die andernfalls nichts zu essen haben“.

Die private Mildtätigkeit macht alle Anstrengungen, den (107 000) notleidenden Familien New Yorks irgendwie zu helfen. Zu diesem Behufe werden von den noch etwas bemittelten Familien eines Häuserblocks darin wohnende notleidende Familien „adoptiert“, das heißt fünf bis fünfzehn Mieter tun sich zusammen, wählen sich einen Obmann, der verpflichtet ist, kleine Beträge von den Mietern regelmäßig einzukassieren und die Summe der „adoptierten“ Familie zu übermitteln oder für deren Ernährer Verdienst zu besorgen. Es wird angenommen, daß man bald an die 30 000 solcher Blockhilfsgruppen geschaffen haben wird. Außerdem ist es jeder Familie oder jedem Mieter freigestellt, für sich eine ganze Familie zu „adoptieren“, also allein für deren Unterhalt zu sorgen, was auch in sehr vielen Fällen geschieht.

Dieser Plan der organisierten Blockhilfe ist für eine Dauer von 20 Wochen gedacht. Da jedoch nicht die geringste Aussicht vorhanden ist, daß die Arbeitslosigkeit aufhört, so wird heute schon mit einer Verlängerung der Organisation bestimmt gerechnet.

Es wurde schon angedeutet, daß es in fast jedem amerikanischen Ort mit dem Elend so arg steht wie in New York, der „reichsten Stadt der Welt“. Die Gemeinden sind infolge des Rückgangs der Einnahmen und Emporschnellens der Ausgaben am Ende ihres finanziellen Lateins, wobei die zahlreichen Zusammenbrüche von Banken viel mitgeholfen haben. Der Geldnot kann nur vom Bunde abgeholfen werden. Obwohl auch seine Kasse ein gewaltiges Defizit aufweist, ließen sich unschwer genügend Mittel durch die Gesetzgebung beschaffen, da es im Dollarland noch recht ergiebige Steuerquellen gibt. Aber davon schreckt das Parlament und auch der Präsident Hoover zurück, zum ersten, weil sie die Reichen nicht höher besteuern wollen, zum andern, weil im kommenden Herbst die großen Wahlen stattfinden, wozu die beiden Parteien die Geldhilfe der Kapitalgesellschaften brauchen, weswegen man es mit ihnen nicht verderben darf.

Die Amtszeit des Präsidenten Hoover wird als die unglücklichste in der Geschichte der Union genannt. Hoover hat Prosperität heilig versprochen, und immer wieder versprochen. Viele Millionen haben das steif und fest geglaubt und ihn gewählt. Sie bereuen jetzt den Reifall laut. Eine Unmenge von geflügelten Worten kennzeichnen die negative Regierungskunst Hoovers. Auf ihn geht ein Sturzbad von ranzigem Spott und saftigen Flüchen hernieder. Seine Wiederwahl ist höchst fragwürdig geworden. So mußte er wohl oder übel versuchen, sich populär zu machen. Da neue Versprechen bloß die Lachmuskeln reizen würden, probiert er es mit einer Geste:

Hoover will zu seinem Teil zur Verminderung des Defizits der Bundeskasse beitragen, indem er auf sein Gehalt (75 000 Dollar im Jahr) verzichtet und sein Amt für einen Dollar auszuüben sich bereit erklärt. Die Zeitungen der (republikanischen) Partei Hoovers werden nicht verfehlen, seine Opferwilligkeit stark zu preisen und ihn als Muster des Patriotismus und als Vorbild aller Staatsoberhäupter hinzustellen. Das letztere wäre so uneben nicht, denn es gibt anderwärts gewiß noch Staatsoberhäupter, denen es gut anstehen würde, sich an Hoover ein Beispiel zu nehmen, ganz gleich, aus welchen Beweggründen es immer geschieht.

Um Hoovers Gehaltsverzicht gewichtig zu machen, wird mitgeteilt, daß er ein verhältnismäßig armer Mann sei. Der Nach-

druck ist auf „verhältnismäßig“ zu legen. Das kann manches besagen, schwerlich aber, daß Hoover nun, wo er nur noch einen Dollar im Jahr bezieht, mit der Kost der Arbeitslosen vorlieb nehmen muß. Denn seine „verhältnismäßige“ Armut wird auf vier Millionen Mark bewertet, eine „Armut“ also, mit der sich zur Not durchkommen läßt und noch Berechtigung zu Reden über amerikanische Prosperität gibt. ik.

Man verlangte, daß ich und noch ein österreichischer Genosse die Resolution, die, wie ich später erfuhr, in der kommunistischen Presse auch des Auslandes veröffentlicht wurde, unterschreiben sollten; natürlich weigerte ich mich. In der Folge begann dann der Leiter des ausländischen Sektors unter uns Ausländern eine rege Agitation für den „Roten Frontkämpferbund“ und ähnliche Organisationen. Ich weigerte mich, beizutreten, und erklärte, daß ich kein Gesinnungslump sei, der seine Gesinnung ändere, kaum, daß er durch den Torbogen getreten sei. Gleich mir verhielten sich etwa dreißig Genossen, eine etwas größere Gruppe trat aktiv zur kommunistischen Bewegung über, die dritte, größte Gruppe, tat nur äußerlich mit und blieb im Wesen indifferent. Bemerkenswert ist, daß unter denen, die begeisterte Rote Frontkämpfer wurden, sich gerade solche befanden, die wir in Wien als nazi- oder heimwehfreundlich gekannt hatten. Als ich einmal mit zwei andern Genossen wegen angeblicher politischer Äußerungen vor ein Kameradschaftsgericht zitiert wurde, war ein Mitglied dieses Gerichts ein solcher frischgebackener Kommunist, der in Wien der Heimwehr nahegestanden hatte. Übrigens endete die Verhandlung vor dem Kameradschaftsgericht mit dem vollständigen Zusammenbruch der „Anklage“ und schließlich mit Versöhnung, Tee und Butterbrot.

Später versuchte man, mich in politische Diskussionen zu verwickeln, indem man in meiner Gegenwart besonders auf Otto Bauer schimpfte, um mich zur Erwidrerung herauszufordern. Und schließlich wurde ich, obwohl ich mich ganz passiv verhielt, auf Antrag eines eigens aus Moskau gekommenen Abgesandten in einer Versammlung der Ausländer „wegen schlechter Arbeit“ entlassen — mit mir zusammen noch elf Genossen, die sich geweigert hatten, den kommunistischen Organisationen beizutreten. Die Begründung war nur eine Ausrede, wie sich sofort erwie, da die wirtschaftlichen Leiter des Betriebes von unserer Entlassung keine Ahnung hatten und darüber die Hände zusammenschlugen: tatsächlich gehörten gerade die Entlassenen zu den besten Arbeitern; drei von ihnen waren erst vor kurzem zu Stoßbrigadlern avanciert. Es folgte ein Wirrwarr von Vorgesprächen, Einschüchterungsversuchen, Hinhalten und Aufeinander-schieben der einzelnen Behörden, den ich schließlich dadurch beendete, daß ich energisch darauf bestand, nach Hause zu fahren ... Adolf Schreier.

Kein Cent neues Kapital von Amerika

Bezeichnend für die grundlegende Änderung der internationalen Kapitalbewegungen ist die jüngste Statistik über die Anlagen im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres in den Vereinigten Staaten. Nachdem die Anlagetätigkeit in den Vereinigten Staaten im Jahre 1931 gegenüber 1930 auf knapp die Hälfte, die Auslandsanlagen sogar auf ein Viertel sanken, gingen die Kapitalanlagen im ersten Viertel des laufenden Jahres auf beinahe ein Zehntel der Anlagen in der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. Davon erhielt jedoch das Ausland keinen einzigen Cent. Weder ausländische Staaten noch ausländische Unternehmungen konnten in diesem Vierteljahr auch nur die geringsten Anleihen in den Vereinigten Staaten unterbringen. Wie stark aber die Produktion in den Vereinigten Staaten selbst lahmgelegt ist, dafür zeugt, daß neue Anlagen für das Inland selbst im ersten Vierteljahr 1932 sich auf insgesamt 150 000 Dollars beliefen, d. h. so gut wie überhaupt nicht vorhanden waren. Allein Anleihen der öffentlichen Körperschaften und der privaten Versorgungsbetriebe haben eine Nachfrage nach Kapital ausgeübt, der vom Kapitalmarkt entsprochen wurde.

Englische Auswanderer fluten zurück

England war bisher ein Auswanderungsland, das seinen Bevölkerungsüberschuß den Ländern des Britischen Reichs und den Vereinigten Staaten abgab. Im Jahre 1913 betrug noch die Zahl der Auswanderer nach Abzug der Rückwanderer mehr als 300 000. In der Nachkriegszeit bewegte sich die Zahl der Auswanderer nach Abzug der Rückwanderer zwischen 100 000 bis 200 000. In den Jahren 1927 bis 1929, in denen die Agrarkrise der überseeischen Länder bereits in Erscheinung trat, hat sich die Wanderungsbewegung aus England merklich verlangsamt. Im Jahre 1930 ging bereits die Zahl der Auswanderer so stark zurück und nahm die Zahl der Rückwanderer so stark zu, daß ein Überschuß von Auswanderern nur noch in Höhe von 26 000 Personen zu verzeichnen war.

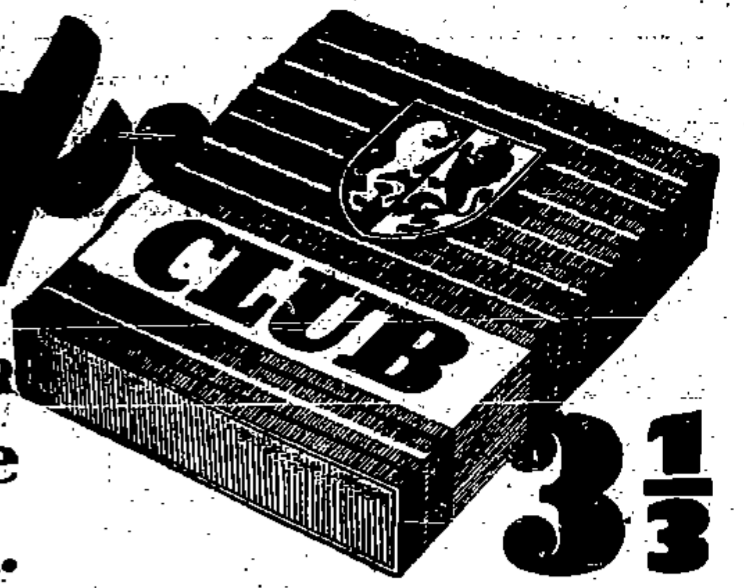
Im Jahre 1931 trat erst die Wendung voll in Erscheinung. In diesem Jahr betrug die Zahl der Auswanderer weniger als die Hälfte der Rückwanderer. Mehr als 70 000 Leute kamen in diesem Jahr, trotz großer Arbeitslosigkeit in England selbst, in die Heimat zurück, so daß die Zahl der Rückwanderer die der Auswanderer um 37 000 überstieg. In England sieht man dieser Bewegung mit Sorge entgegen. Zwar geht dort die Zahl der Geburtenüberschüsse infolge der Geburtenregelung sehr stark zurück, dennoch treten vorläufig noch — bis zu den 40er Jahren — etwa 200 000 Personen jährlich neu ins Erwerbsleben. Aus diesem Grunde wird der Strom der Rückwanderer als eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes empfunden.

Flucht der Unternehmer

Im englischen Unterhaus wurde kürzlich vom Handelsminister über den Stand der Industrieinwanderung in England Mitteilung gemacht. Die Zahl der Ausländer, die sich in Großbritannien mit dem Ziel industrieller Produktion niederzulassen wünschen, ist vom 3. Februar bis Ende März von 250 auf 438 gestiegen. Darunter befinden sich 195 Anfragen von deutschen Firmen, 34 von belgischen, 24 von nordamerikanischen, 21 schweizerische und 97 sonstige Unternehmungen. Von den Produktionszweigen, die hauptsächlich in Frage kommen, wurden folgende genannt: Textilien (76 Fälle), Strumpfwaren (48), Lederwaren (29), elektrische Artikel (22), Radio (23) und Konfektion (24). In 35 Fabriken ist die Produktion bereits aufgenommen worden. Die Zahl der englischen Arbeiter, die als Folge dieser Industrieinwanderung zusätzlich beschäftigt werden, wurde Mitte Februar auf 30 000 bis 40 000 geschätzt. Sollten alle Pläne, die gegenwärtig ernsthaft erwogen werden, zur Ausführung kommen, würden weitere 50 000 bis 60 000 britische Arbeiter Beschäftigung finden. Auch sonst erhofft England durch diese Einwanderung ganzer Industriezweige eine Anregung der Wirtschaft. Die eingewanderten Industrieunternehmen sollen namentlich dort angesiedelt werden, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist und das Wirtschaftsleben stark daniederliegt.

Wohlfühmerkett

In **CLUB**-Packungen finden Sie weder Stickerereien noch Bilder noch Sparpfennige, sondern nur große, vollwertige Zigaretten für Raucher, die nicht enttäuscht sein wollen.



Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß

Schluß des Berichts

Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiter-Verbandes, sagte: Unsere Arbeitsbeschaffung beauftragt man vielfach mit dem Bemerkenswerten, Arbeitsbeschaffung sei doch selbstverständlich, und der Minister sagt, die Regierung werde alles tun, was möglich sei. Hoffen wir, daß der Minister damit sagen wollte, daß die Regierung künftig mehr tun will, als sie bisher getan hat, denn sonst würde dies Ministerwort nicht viel bedeuten.

Arbeitsbeschaffung ist unbedingt notwendig, denn die Automatik der Krisenüberwindung in der kapitalistischen Wirtschaft ist unterbrochen. Das Bekenntnis gegen Inflation ist noch lange keine Aktivität in der Arbeitsbeschaffung. (Sehr richtig!) Gewiß gibt es kein Generalrezept, aber es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten für Arbeitsbeschaffung und für deren Finanzierung. Man darf nicht vergessen, daß die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes auch keine Sicherheit für die Wahrung darstellt. Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, daß aus den bisherigen Erfahrungen Konsequenzen gezogen werden müssen. Die Regierung mußte sich wohl oder übel zu starken Eingriffen in die Wirtschaft entschließen, und es werden noch viel stärkere Eingriffe notwendig sein, wenn die Not bezwungen werden soll. Für uns ist die Arbeitsbeschaffung nicht nur ein Notbehelf, sondern auch ein Anfang, aus dem Elend des kapitalistischen Systems herauszukommen. (Lauter Beifall.)

Sodann erwähnte Kollege Spliedt vom ADGB, daß der Umbau der Krisenfürsorge und der Wohlfahrt in eine Reichserwerbslosenfürsorge noch immer nicht vorgenommen sei. Diese Sache dränge, denn die Gemeinden seien am Ende ihrer finanziellen Kraft. — An der Aussprache beteiligten sich noch die Kollegen Thiernig vom Fabrikarbeiter-Verband, Quallow, Bezirkssekretär in Ostpreußen, Scheffel von den Eisenbahnen und Kreuzer vom Ländarbeiter-Verband. Hierauf hält der Berichterstatter, Koll. Eggert, das Schlußwort. Das Ende seiner Rede bildet einen überaus eindringlichen Appell an die Regierung: Das Maß ist voll mit der Redner der Regierung zu. Die Gewerkschaften übertreiben nicht gerne. Wenn sie jetzt angesichts der steigenden Not erklären, daß das Maß voll ist, dann muß das für die Regierung eine ernste Mahnung sein. Wir werden von



Bernhard
der Redner der Bauarbeiter

neuem bei der Regierung vorstellig werden und unsere Forderungen von neuem eingehend begründen. Unsere Entschliebung zur Arbeitsbeschaffung bedeutet einen Auftrag an den Bundesvorstand, mit neuer Kraft und ohne Unterlaß den Kampf um die Arbeitsbeschaffung weiterzuführen. (Starker Beifall.)

Hierauf bekräftigte sich der Kongreß einmütig zu folgender

Entschliebung:

I.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungprozeß der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergabe öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privatunternehmungen zu treffen in einem Umfang, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwassererschütz, Kleinwohnanlagen und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflöhnen erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verweist nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Überwindung gesteigert werden. Alle noch aufrechenbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfinanzstellen erhobenen Beiträge und die Haussteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten selbst tragenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Daneben müssen unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialökonomischen Reichstagsfunktion nach einer vollständigen Arbeitsbeschaffungsaktion, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gebildeten Gelder anspricht.

Soweit die Arbeitskräfte noch nicht in vollem Umfang auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Umschlag für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen insbesondere besondere Zweckverbände der Schuldnerkorporationen gebildet werden.

Durch schnelle Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Handelspolitik muß jeder spekulative Preisrückgang vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verankern.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Schumann schloß den Kongreß mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Landtagswahlen, deren Bedeutung die Gewerkschafter nicht ernst genug nehmen könnten. Nur eine Überwindung des Faschismus schaffe Gewähr dafür, daß die Gewerkschaften den Kampf ums Brot siegreich bestünden. Mit einem Hoch auf die Republik und die Arbeiterbewegung, in das der Kongreß begeistert einstimmte, hatte die Tagung ihr Ende erreicht.

Schriftenschan

Der Dietz-Verlag bringt weitere verbilligte Massenschriften, die wertvolle Dienste im Kampf gegen den unfruchtbaren und zerstörenden politischen Radikalismus leisten: Die Sozialdemokratie und die Reparationen. Ein Überblick von Arthur Crispian. Preis 15 Pf. Die Broschüre zeigt das Bestreben der Sozialdemokratie um eine erträgliche Lösung des Reparationsproblems. Wer hat uns verraten? Von Eugen Prager. Preis 10 Pf. Der Broschüre ist das Motto vorangestellt: „Heißt die Bonzen fliegen, wenn das Dritte Reich wird siegen!“ Der Verfasser setzt sich in feiner Art mit der verlogenen Agitation der Nazis auseinander. — Wißt ihr das? Was mit der demokratischen Politik erreicht wurde. Eine kurze vergleichende Übersicht von Wilhelm Keil. Preis 15 Pf. Der alte Politiker Keil gibt eine Zusammenstellung über das Werden, Wirken und die Erfolge unserer viel angefeindeten Deutschen Republik. Es ist sehr viel Material für den täglichen Kleinkampf darin enthalten.

Schanghai. Ein China-Roman von Sergei Alymow. Büchergilde Gutenberg, Berlin. Preis 2,70 M. Durch die kriegerischen Verwicklungen in Asien ist Schanghai in den Mittelpunkt der Geschehnisse gerückt. Diese kontrastreiche und larmgefüllte Stadt besitzt ein Europäerviertel, in dem sich ein Herrenleben eigentümlicher Art entwickelt hat. Die Weißen fühlen sich hier als die Herrscher der Welt. Die Eingeborenen sind unterdrückt und dürfen dem Europäer und dem Amerikaner als Diener untertänig sein. Versteht man nun das nervöse Geschrei dieser Weißen, die eines Tages das Rollen des unterirdischen Donners bis unter die Fundamente der Europäerstadt hören? Der Roman schildert diese Erschütterungen und den großen Zusammenprall zwischen China und der weißen Zivilisation. Die Chinesen legen ihre alte Tradition ab, um — es im Genuß der Vergnügungen und in der Ausbeutung der eigenen Rasse den Weißen gleich zu tun. Der Kampf der Unterdrückten setzt ein. Das Grollen der kommenden Revolution ist zu spüren. Die Studenten werden zum Fahnenträger der Revolution. Der Roman ist äußerst spannend. In das Schicksal einiger Personen ist das Schicksal ganzer Nationen gepreßt.

Die Mietskasernen. Roman junger Menschen, von Ernst Erich Noth. Preis 4,80 M in Leinen. Societätsverlag Frankfurt am Main. — Dieser Roman ist eine schriftstellerische Leistung. Hinter dem Verfassernamen Noth verbirgt sich der aus dem Steglitzer Schülerprozeß bekannte Paul Krantz, der nach seinem Freispruch sich zum begabten Schriftsteller entwickelt hat. Er schildert das eigene Erlebnis. Mit dem Aufsehen erregenden Schülermordprozeß hat der Roman eigentlich nichts zu tun. Doch schildert er die Welt, in der diese Art Vergehen entstehen konnte. Die Welt der Mietskasernen wird erschütternd und lebenswahr dargestellt. Klatsch, Verleumdung Haß und Lebensgier erschweren den Aufstieg einer durch Kriegs-, Revolutions- und Inflationsjahre geletzten Jugend. Nur wenige gelangen zum großen Ziel, viele brechen zusammen. Das Buch ist ein Dokument für die Probleme der großen Städte und die Notzeit des heranwachsenden Zeitgeschlechtes.

1000 Worte Hitler. Die 32 Seiten umfassende Broschüre widerlegt zum ersten Male Punkt für Punkt das sogenannte Hitlerprogramm. Wer sich über die Hohlheit der nationalsozialistischen Phrasen unterrichten will, muß diese 10-Pf.-Broschüre gelesen haben. Volksfunk-Verlag GmbH, Berlin SW 68.

Arbeitslosenversicherung
Arbeitslosenunterstützung
Krisenfürsorge und
Kurzzeitarbeiterunterstützung

Zusammenstellung der Anfang April 1933 geltenden Vorschriften

Zweite Auflage sieben erschienen!

Preis für Vorkaufsmittel 40 Pfennig
Durch den Buchhandel 80 Pfennig

Verlagsanstalt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes GmbH
Berlin SW 48 - Alte Jakobstraße 142-155

Elektromeister- und Radioschule

Prospekt 8. Aufl. 800-1000. Wilhelmstraße 50

Metallarbeiter:

Löhne 22 RM 5,20 und 23 RM 6,50 prima Klasse Arbeitsbeschaffung geg. Nachn. 1. Hofmann, Industriehof, Spangenberg 7 (Holtzha.)

Kauft bei den
Insertanten
dieses Blattes

Wir suchen einen Praktikanten für den
Bau-Handl. Berlin SW 21/22, Zimmer 21.1

Blanc Arbeitsanzüge

aus sehr guten schwarzen Blausack 3,90
aus sehr guten schwarzen Kappdeckel 5,10
aus sehr guten schwarzen Hosen 6,50
Jacke 2 Stücken, 1 Brusttasche, Hose, 2 Taschen,
Vornam Nachh. Vorp. Str. Ab 29. — franko.
Beste Lieferung garant. Preis! Muster frei.
Hagen & Co. nach Berlin
Königsplatz, Wilmberg 134

Eine Großtat der Gewerkschaften

In der Zeitschrift Der deutsche Volkswirt (Nr. 29) finden wir eine eingehende Behandlung des Problems der Arbeitsbeschaffung. Im Zusammenhang damit kommt der Schreiber auf die Bedeutung der Gewerkschaften im heutigen Staatsleben zu sprechen:

„Man kann sich den Druck, der auf den Gewerkschaften lastet, überhaupt nicht schwer genug vorstellen. Noch reicht ihre Organisationskraft dazu aus, auch den größten Teil ihrer Arbeitslosenmitglieder festzuhalten. Aber von Woche zu Woche kehren sich die Instinkte verzweifelnder Menschen immer mehr gegen die Mahnungen zur Vernunft, die sie von Führern und Funktionären hören. Immer lauter wird der Ruf: „Ihr müßt um jeden Preis etwas für uns tun“. Es ist nicht nur ein Interesse der Gewerkschaften selbst, daß sie in diesem Meer von Not und Elend ihren Bau erhalten können. Ohne die Gewerkschaften würde der Wille zum Chaos heute in den Massen der Industriebevölkerung die überwältigende Mehrzahl der Köpfe und Herzen beherrschen, und keine Vernunft käme dagegen auf. Die Gewerkschaften sind Stützen nicht nur der staatlichen, sondern der menschlichen Ordnung im modernen Industriestaat, und sie haben Anspruch darauf, daß man ihnen hilft, sich zu behaupten. . . . Materiell ist von den Gewerkschaften ungeheuer viel geschehen. Die Durchhaltung des Unterstützungswesens in der Zeit der Krise mit allen Abstrichen, die es erlitten hat, ist eine Großtat, für die heute noch der Maßstab fehlt. Aber es ist nicht immer alles geschehen, um zu beweisen und zu unterstreichen, daß die leitenden Staatsorgane die große, schwere, entsetzliche Not, die trotz aller Hilfe besteht, als Sorge und Aufgabe jedes einzelnen Tages empfinden. Leipzig hatte nicht so unrecht, wenn er darüber klagte, daß sich bei Regierung und Öffentlichkeit eine Abstumpfung gegen die Arbeitslosigkeit geltend mache.“

Die großen Sorgen der Gewerkschaften in der Gegenwart gehen in der Tat nicht sie allein an. Sie verlangen nicht finanzielle Unterstützung, sondern Arbeit für ihre Mitglieder.



Witt hat einzig und allein

Europas größten Spezial-Webwarenverwand mit eigenen gewaltigen Webwaren-Fabriken!

4000 Arbeiter und Angeheuer!
Direkte Lieferung an Privat!
Bei Bestellung von 15.— RM an erhalten Sie auf diese vierzig Preise außerdem noch 5% Rabatt. Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 6 Meter zurückgelassene jedoch haltbare Stoffe. Schreiben Sie mir heute noch! Sie sparen ungeheuer Geld!

- | | | | |
|----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|-----|
| 20 | Gordinen: sogenannter Vorhangstoff, einfache, jedoch solide, nachgedachte Größe, mit hübschen Streifenmustern, etwas durchsichtig gewebt | 70 cm breit | -12 |
| 27 | Baumwollgewebe: ungebleicht, bessere, ziemlich dicke Sorte | 78 cm breit | -15 |
| 28 | Baumwolltuch: ungebleicht, vorzügliche, harte, fast unzerstörliche Qualität | 78 cm breit | -32 |
| 29 | Baumwolltuch: ungebleicht, besonders harte, fast unzerstörliche Qualität, für strapazierbare Bettlücken usw. 140 cm breit | | -68 |
| 30 | Reißes Hemdentuch: mittelhartfüßig, durchsichtig, vorzügliche Qualität, für bessere Leib- und Bettwäsche | 80 cm breit | -33 |
| 31 | Hemdenflanel: besonders reißfeste, überaus haltbare Qualität, mit garantiert weichstem Streifenmuster | 74 cm breit | -31 |
| 32 | Hemdenflanel: meine beste Sorte dieses Art, vorzügliche, kräftige, fast unzerstörliche Qualität, mit garantiert weichstem Streifenmuster | 80 cm breit | -39 |
| 33 | Hemdenzeile: sehr gute, mittelhartfüßige Sorte, besonders haltbar, mit etwas gebügeltem, mittelfarbigen Mustern, garantiert weichste | 80 cm breit | -34 |
| 34 | Handtuchstoff: kräftige Strapazierqualität | 40 cm breit | -28 |
| 35 | Trotterhandtuch: aus vorzüglichem Anseilstoff, mit schönen, eingewebten Mustern, weiche angenehme Sorte | 45x100 cm, per Stück | -58 |
| 36 | Reißstücker: solide, haltbare Sorte | 45x45 cm, per Stück | -10 |
| 37 | Reißstücker: fertige Wafer, bessere, sehr strapazierbare, bewährte Qualität | 45x55 cm, per Stück | -22 |

Sonderer Wunschpreis:
Abgabe hierzu bis 20 Meter an einem Stück!

28 **Reißes Hemdentuch:** gute, besonders reißfeste, mittelhartfüßige, durchsichtige Qualität, jedoch mitunter mit kleinen unmerklichen Flecken versehen, welche sich beim Waschen entfernen lassen. Nach dem Waschen ist das Stoffe für gute, besonders solide, sehr haltbare, kräftige Reissstücker zu verwenden

29 **Reißes Hemdentuch:** ein Stück bis 100 Meter bzw. 100 Stück abgegeben. — Befund erfolgt per Nachnahme von RM 10.— an, postfreie Lieferung von RM 20.— an.

Meine Garantie: Mit Wunsch fertige Jacken habe ich mir auf meine eigene und sorgfältige Sachbearbeitung des besten angestrichelten Stoffes.

Hotel Witt, Weiden 84 (Opf.)

Gütek. Weiden-Regioleisereisenbahn der Ost-Europ., mit eigener Schwanenfabrik — mit eigenem Kuchengeschäft.